



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Geschlechtliche Selbstbestimmung für alle Menschen verwirklichen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/929

Verwirklichung der menschlichen Selbstbestimmung umsetzen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/976

Der Landtag hat durch Plenarbeschluss vom 26. September 2018 die vorgenannten Anträge federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss überwiesen.

Der mitberatende Sozialausschuss hat sich mit den Vorlagen in seiner Sitzung am 22. November 2018 abschließend befasst. Der federführende Innen- und Rechtsausschuss hat sich in zwei Sitzungen, abschließend am 5. Dezember 2018, mit den Anträgen befasst. In Übereinstimmung mit dem mitberatenden Sozialausschuss empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/929, dem Landtag zur Ablehnung.

Ebenfalls in Übereinstimmung mit dem mitberatenden Sozialausschuss empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss bei Enthaltung der AfD mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen und der Abgeordneten des SSW dem Landtag, den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 19/976, anzunehmen.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende